

Transparenz-Initiative: im Interesse der Versicherten

Nach derzeitiger Regelung sind Krankenkassen berechtigt, zwei völlig unterschiedliche Versicherungen gleichzeitig anzubieten. Dies führt zu einer unüberschaubaren Entwicklung der Prämien, zum Nachteil der Versicherten. Die Transparenz-Initiative fordert, dass dies geändert wird.

Die Krankenversicherungen sorgen heute mit über 30 000 verschiedenen Kassenprämien für einen regelrechten «Prämiensalat», der jegliche Transparenz vermissen lässt. Die wenigen Mitarbeiter im Bundesamt für Gesundheit, die zur Überwachung der Krankenkassen eingesetzt sind, können die Situation kaum mehr kontrollieren.

Der Solidarität verpflichtet

Die rund 80 Krankenkassen in der Schweiz bieten zwei Versicherungen an, die ganz unterschiedliche Ansätze haben: die obligatorische Krankenversicherung und die Zusatzversicherungen. Erstere ist eine Sozialversicherung und als solche der Solidarität verpflichtet. Sie wird über einen obligatorischen Beitrag, die sogenannte Kopfprämie, finanziert. Die Leistungen sind für alle gleich, ein Gewinn darf mit dieser Versicherung nicht erwirtschaftet werden.

Die Zusatzversicherungen hingegen sind freiwillig, hier dürfen die Krankenkassen gewinnorientiert arbeiten. Anders als bei der Grundversicherung können Bewerber auch abgelehnt oder Gesundheitsvorbehalte angebracht werden.

Grund- und Zusatzversicherung trennen

Nun haben Ärztinnen und Ärzte in der Westschweiz die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Krankenversicherung» lanciert, die von der Ärzteschaft in der ganzen Schweiz unterstützt wird. Ihr Ziel lässt sich kurz und bündig zusammenfassen: Versicherer mit einer Bewilligung für die Grundversicherung

dürfen keine Zusatzversicherungen anbieten. Noch immer jagen sich die Krankenkassen die guten Risiken ab, das heisst, sie werben mit Billigangeboten um junge, gesunde Kunden. Tiefe Prämien verleiten zu einem Kassenwechsel, aber der hierfür nötige administrative Aufwand verschlingt jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken. Wegen der zu tief kalkulierten Prämien der Billigkassen resultieren jährliche Prämienausfälle von mindestens einer halben Milliarde Franken. Die Pseudovorteile für Einzelne müssen also von der Gemeinschaft finanziert werden, was rund 5 Prozent der Prämien ausmacht (Werbung, Administration, Prämienausfälle etc.).

Im Interesse der Versicherten

Die Versicherten haben genug davon, dass die Krankenkassenprämien jedes Jahr deutlich mehr steigen als die Gesundheitskosten. Die Transparenz-Initiative steht hier klar für die Interessen der Versicherten ein. Die wesentlichen Punkte der Initiative sind:

- Die Risikoselektion der Krankenkassen wird massiv erschwert.
- Die Intransparenz bei den Finanz- und Datenströmen zwischen Grund- und Zusatzversicherung wird unterbunden.
- Nicht die eigene Gewinnmaximierung, sondern vielmehr der Nutzen für die Versicherten soll bei den Krankenkassen im Zentrum stehen.

Überzeugende Argumente

Bei Meinungsumfragen in der Bevölkerung belegen Politiker und Krankenver-

sicherer punkto Vertrauen jeweils Schlussplätze, während Ärztinnen und Ärzte seit je an der Spitze stehen. Es ist zu hoffen, dass dies der Transparenz-Initiative zum Durchbruch verhilft.

Statt die Faust im Sack zu machen und die Initiative zur Einheitskasse zu unterstützen – unterschreiben Sie mit Vorteil die Transparenz-Initiative! Sie vertritt nicht nur klar die Interessen der Versicherten. Sie führt auch, anders als das Ergebnis der Studie zur Einheitskasse, zu relevanten Einsparungen von Prämiengeldern, die Sie bezahlen! Detaillierte Informationen und weitere gute Argumente, die Initiative zu unterschreiben, finden Sie unter <http://initiative-transparenz.ch>. Über diesen Link können Sie auch Unterschriftenbogen herunterladen.

UNTERSCHREIBEN!
initiative-transparenz.ch

SIGNEZ!
initiative-transparenz.ch

FIRMARE!
iniziativa-trasparenza.ch



FOTO:ZVG

Dr. med. Peter Wiedersheim, MBA, ist Präsident der Ärztesgesellschaft des Kantons St. Gallen und der Konferenz der Ostschweizer Ärztesgesellschaften.